



Beschluss

TOP I.5: Verbesserungsbedarf bei digitalen Rechtemanagement-Systemen

Berichterstattung: Saarland

1. Die Justizministerinnen und Justizminister nehmen den zu TOP 36 der 9. Verbraucherschutzministerkonferenz am 17. Mai 2013 gefassten Beschluss zur Kenntnis.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister sind bereit, auf Arbeitsebene an einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Vertretern der Verbraucherschutzministerkonferenz mitzuwirken.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Verbraucherschutzministerkonferenz, bei Einrichtung der Arbeitsgruppe
 - a) den konkreten Arbeitsauftrag der zu bildenden Gruppe nicht nur auf das Urheberrecht zu begrenzen,
 - b) je nach Entwicklung der Beratungen die Einbindung anderer Fachressorts oder der auf Bundesebene zuständigen Ministerien zu prüfen und
 - c) die Frage etwaiger technischer Lösungsmöglichkeiten zu klären.